

Die Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Dr. Kurt Fischer Herrn Heinz Hoffmann, Berlin, als Nachfolger benannt.

Die Fraktion der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands hat als Nachfolger des verstorbenen Abgeordneten Kurt Herrmann Herrn Heinz Krüger, Berlin, benannt.

Die Liberal-Demokratische Fraktion teilt ferner mit, daß Herr Alfred Kretschmer das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik verlassen hat. Als Nachfolger gibt die Liberal-Demokratische Fraktion Herrn Erwin Steffen, Potsdam, bekannt.

Die Provisorische Volkskammer hatte bereits in einer früheren Sitzung den Beschluß gefaßt, das Präsidium zu ermächtigen, für den Fall, daß ein Mitglied des Hauses das Gebiet der Republik verläßt, das Mandat als erloschen zu erklären. Die hier betroffene Fraktion hat die Folgerung daraus gezogen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung zu diesen bekanntgegebenen Mandatsveränderungen. — Das ist hiermit geschehen.

Ich heiße die bereits in unserer Mitte weilenden neuen Abgeordneten unseres Hauses herzlich willkommen.

Ich habe sodann einige Veränderungen in den Ausschüssen bekanntzugeben:

Die Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands teilt mit, daß der Abgeordnete Paul Wessel aus beruflichen Gründen aus dem Wirtschaftsausschuß ausgeschieden ist. An seine Stelle tritt der Abgeordnete Richard Schmidt.

Der Wirtschaftsausschuß hat an Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Wessel zu seinem Vorsitzenden Herrn Abgeordneten Willi Stoph gewählt.

Für den verstorbenen Abgeordneten Dr. Kurt Fischer benennt die Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Herrn Abgeordneten Plenikowski als Mitglied des Rechtsausschusses.

Auch von diesen Veränderungen in den Ausschüssen haben Sie, wie ich feststellen darf, zustimmend Kenntnis genommen.

Die Tagesordnung der heutigen 18. Vollsitzung der Provisorischen Volkskammer ist den Mitgliedern des Hauses bekannt. Ich brauche sie infolgedessen nicht erneut zu verlesen. Es wird insofern eine Änderung in der Tagesordnung eintreten, als die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dem Präsidium bekanntgegeben hat, daß sie eine Erklärung abzugeben wünscht, und zwar durch den Mund des Herrn Ministerpräsidenten. Ich bitte, das als Punkt 2a in die Tagesordnung einzufügen.

Wir treten nunmehr in die bestätigte Tagesordnung ein.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung,

9. Anzeig des Petitionsausschusses (Drucksache Nr. 109),

hat das Haus, wie ich feststellen darf, die Drucksache Nr. 109 bestätigt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung,

9. und 10. Verzeichnis der Eingaben, Beschwerden und Gesuche (Drucksachen Nr. 102 und 106),

nimmt das Haus von den Drucksachen Nr. 102 und 106 Kenntnis. — Ich stelle das fest.

Wir kommen nunmehr zum Punkt 2a der Tagesordnung:

Abgabe einer Erklärung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Handelsbeziehungen zwischen Westdeutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.

Zu der Erklärung bitte ich Herrn Ministerpräsidenten Otto Grotewohl das Wort nehmen zu wollen.

Ministerpräsident Grotewohl:

Meine Damen und Herren! Um die Entwicklung eines friedliebenden, demokratischen, unabhängigen und starken Deutschlands zu verhindern, um Westdeutschland zu einem Hauptstützpunkt ihrer imperialistischen Kriegsbrandstiftung ausbauen zu können, haben die westlichen Besatzungsmächte Deutschland gespalten und durch die Schaffung der Bonner Separatregierung sowie durch eine Reihe anderer Maßnahmen diese politische Spaltung Deutschlands vertieft. In letzter Zeit ist infolge dieser verhängnisvollen Politik der westdeutschen Besatzungsmächte auch auf wirtschaftlichem Gebiet eine außerordentlich angespannte Situation entstanden. Im Ergebnis der Maßnahmen und Anordnungen der Hohen Kommissare sind die Handelsbeziehungen Westdeutschlands zu der Deutschen Demokratischen Republik ernstlich gestört und — man kann wohl sagen — fast völlig zum Erliegen gekommen. Die Unterzeichnung eines zwischen dem Ministerium für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und den Vertretern der westdeutschen Verwaltungsbehörden ausgearbeiteten und vereinbarten Abkommens über die Verlängerung des Frankfurter Abkommens bis zum 30. September 1950 ist durch das Eingreifen der Hohen Kommissare bisher verzögert worden.

Die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sieht sich darum veranlaßt, zu der dadurch geschaffenen Lage folgende Erklärung abzugeben:

Das Potsdamer Abkommen, an dessen Rechtsgültigkeit nach wie vor kein Zweifel bestehen kann, sieht ausdrücklich vor, Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht als einheitliches Ganzes zu betrachten. Hieraus folgt, daß der Handel zwischen den verschiedenen Teilen Deutschlands eine rein innerdeutsche Angelegenheit ist, in die sich niemand hineinzumischen hat.

(Lebhafter Beifall)

Das gilt insbesondere nach dem von ihnen selbst geschaffenen Recht auch für die Besatzungsmächte. Die Sowjetische Militäradministration und die Sowjetische Kontrollkommission haben darum jederzeit alles getan, um diese verpflichtende Bestimmung des Potsdamer Abkommens durchzuführen.

In dem New Yorker Abkommen vom 4. Mai 1949 war auf Initiative der Regierung der UdSSR mit den Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs vereinbart worden, daß alle bestehenden Beschränkungen des Verkehrs und des Handels zwischen der Ostzone und den Westzonen Deutschlands aufgehoben werden.

Die Pariser Tagung des Rats der Außenminister vom Juni 1949 sah in Ausführung dieses Übereinkommens vor, daß die Besatzungsmächte die deutschen Organe bei der Herstellung engerer wirtschaftlicher Verbindungen zwischen den verschiedenen Zonen und bei der Verwirklichung von Handelsabkommen und anderen wirtschaftlichen Vereinbarungen unterstützen sollten.

Wie bekannt, haben die sowjetischen Behörden in voller Übereinstimmung mit diesen Abmachungen alle Beschränkungen des Verkehrswesens und des Handels ihrerseits aufgehoben, während die Besatzungsbehörden der USA, Großbritanniens und Frankreichs fortgesetzt neue Hindernisse des Handels zwischen West- und Ostdeutschland schufen und weiter schaffen.